

Péter Erdő

## KIRCHE UND DEMOKRATIE

Vortrag an der Andrassy-Universität Budapest, 9. November 2011

Sehr geehrter Herr Rektor, meine Damen und Herren,

Vielen Dank für die Einladung, hier, an der deutschsprachigen Andrassy-Universität eine Vorlesung über das Thema „Kirche und Demokratie“ zu halten. Wenn man in diesem Kontext über Kirche spricht, versteht man darunter die christlichen Kirchen. Ich möchte mich in den folgenden auf die katholische Kirche beschränken. Mein Gesichtspunkt wird bei diesen Ausführungen vorwiegend theologisch und kirchenrechtlich sein.

### *1. Die Katholische Kirche und die Demokratie in der bürgerlichen Gesellschaft*

Im Rahmen der Soziallehre der katholischen Kirche finden wir, vor allem in den letzten Jahrzehnten, verschiedene Dokumente, die sich mit der Frage der Demokratie beschäftigen. Eine klassische Stelle ist die Zusammenfassung des kirchlichen Standpunktes über die Demokratie in der Enzyklika *Centesimus Annus* vom Johannes Paul II.

„Die Kirche weiß das System der Demokratie zu schätzen, insoweit es die Beteiligung der Bürger an den politischen Entscheidungen sicherstellt und den Regierten die Möglichkeit garantiert, sowohl ihre Regierungen zu wählen und zu kontrollieren als auch dort, wo es sich als notwendig erweist, sie auf friedliche Weise zu ersetzen. Sie kann daher nicht die Bildung schmaler Führungsgruppen billigen, die aus Sonderinteressen oder aus ideologischen Absichten die Staatsmacht an sich reißen.

Eine wahre Demokratie ist nur in einem Rechtsstaat und auf der Grundlage einer richtigen Auffassung vom Menschen möglich. Sie erfordert die Erstellung der notwendigen Vorbedingungen für die Förderung sowohl der einzelnen Menschen als auch der »Subjektivität« der Gesellschaft durch die Schaffung von Strukturen der Beteiligung und Mitverantwortung.“<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> JOHANNES PAUL II., Enzyklika „Centesimus Annus“ vom 1. Mai 1991 Nr. 46, in: AAS 83 (1991) 850.

Diese Beschreibung der Demokratie betont die Wichtigkeit der Rechtsstaatlichkeit und einer echten anthropologischen Einstellung, die nach der ganzen christlichen Tradition den Verstand, die Freiheit und die Würde des Menschen mit sich bringt. Man setzt dabei natürlich voraus, dass der menschliche Verstand fähig ist, objektiv zuverlässige Kenntnisse über die Wirklichkeit zu vermitteln. Wenn man den *Wert* der menschlichen Erkenntnis und die Möglichkeit der Unterscheidung zwischen echten und falschen Behauptungen nicht anerkennt, so werden auch die Vorbedingungen der Demokratie illusorisch. Wie kann man zwischen korrekt und richtig verfassten Behauptungen von politischen Kräften wählen, wenn der Mensch im Grunde unfähig ist, die Realität zu erkennen? In diesem Fall wäre nur eine audiovisuelle Gefühlsmanipulation möglich, die aber die Freiheit des Menschen nicht mehr direkt anspricht, und die bewusste Entscheidung nicht mehr erfordert.

In der neueren kirchlichen Soziallehre wird auch betont, dass die wahre Demokratie auf der überzeugten Annahme von Werten gründet. Solche Werte sind die Würde der menschlichen Person, der Schutz der Menschenrechte und die Anerkennung des Gemeinwohls als Richtschnur und Ziel des politischen Lebens. Wenn es bezüglich dieser Werte kein breites Einverständnis in der Gesellschaft gibt, so wird der Sinn der Demokratie verdunkelt und schwächt ihre Stabilität<sup>2</sup>.

Die Kirche anerkennt das Prinzip der Aufteilung der Gewalten im Staat. Die Machthaber sind dem Volk gegenüber verantwortlich<sup>3</sup>. Die kirchliche Soziallehre hat die politische Korruption als eine der schwersten Entartungen des demokratischen Systems gebrandmarkt. Die Korruption verrät nämlich gleichzeitig die Grundnormen der Moralität und der gesellschaftlichen Gerechtigkeit<sup>4</sup>.

Die Staaten werden in der kirchlichen Soziallehre als Institutionen der menschlichen Gesellschaft anerkannt und gewürdigt. In ihnen gilt das Prinzip der Demokratie. Diese Demokratie ist also nicht ein absolutes Prinzip, sie kann nämlich ihre positiven Wirkungen

---

<sup>2</sup> Vgl. PÄPSTLICHER RAT FÜR GERECHTIGKEIT UND FRIEDEN, *Kompendium der Soziallehre der Kirche*, 2. April 2004, Freiburg in Breisgau 2006, Nr. 407.

<sup>3</sup> Vgl. Ebd. Nr. 408.

<sup>4</sup> Vgl. Ebd. Nr. 411.

nur dann entfalten, wenn die Rechtsstaatlichkeit in der Gesellschaft garantiert ist, und die grundlegenden menschlichen Werte weitgehend anerkannt werden.

Innerhalb der Kirche ist die Demokratie kein allgemein gültiges Organisationsprinzip. Die Ursache davon ist theologischer Natur. Das Christentum wie auch das Judentum beruft sich auf die göttliche Offenbarung. Es ist also eine Offenbarungsreligion. Diese Art von Religion versteht sich nicht als Ergebnis der Betrachtung der Welt und der menschlichen Anstrengungen. Sie ist also keine „natürliche Religion“. Darum ist der Inhalt der göttlichen Offenbarung über die Tradition zu erkennen. Diese Offenbarung ist die Richtschnur und die Grundlage auch des kirchlichen Wirkens. Die Hauptaufgabe der Kirche ist nämlich die Vermittlung dieser Offenbarung, dieser guten Nachricht an die ganze Welt. Darum ist die innere Logik dieser Sendung auch das höchste Prinzip ihrer Organisation. Trotzdem gibt es in der zeitgenössischen Theologie und Kirchenrechtswissenschaft verschiedene Strömungen, die für das innere Leben der Kirche ein anderes, der Demokratie ähnliches Prinzip der kirchlichen Soziallehre für die Kirche anzuwenden versuchen. Dieses Prinzip ist die *Subsidiarität*.

## 2. Die Subsidiarität in der Kirche

Obwohl die Soziallehre der Kirche schon seit längerer Zeit für das Prinzip der Subsidiarität in der weltlichen Gesellschaft eintritt, wonach die höheren Organe nur dann einzugreifen haben, wenn die Bürger in ihrer Autonomie und die örtlichen Organe und Gemeinden auf der unteren Ebene keine zufriedenstellende Lösung finden, diskutiert man seit langem immer noch, ob sich dieses Kriterium auch innerhalb der Kirche anwenden lässt.

Schon Papst Leo XIII. hatte in der Enzyklika *Rerum novarum* Gedanken ähnlichen Inhalts geäußert, doch findet sich die erste ausdrückliche Erklärung lehramtlichen Charakters über das Subsidiaritätsprinzip erst im Rundschreiben *Quadragesimo anno* Pius' XI. von 1931. Nach dem Wortlaut der Enzyklika verlangt Subsidiarität vor allem Folgendes<sup>5</sup>:

---

<sup>5</sup> Vgl. F. X. KAUFMANN, *El principio de subsidiariedad: punto de vista de un sociólogo de las organizaciones*, in: *Naturaleza y futuro de las conferencias episcopales. Actas de Coloquio Internacional de Salamanca 3-8 enero 1988*, hrsg. von H. Legrand, J. Manzanares und A. Garcia y Garcia, Salamanca 1988, 337-358, 342 f.; vgl. DERS., *Die Bischofskonferenz im Spannungsfeld von Zentralisierung und Dezentralisierung*, in:

a) Die ganze kollektive Tätigkeit hat dem Menschen zu dienen, weswegen keine Gemeinschaft dem Einzelnen das wegnehmen darf, was er selbst zu tun imstande ist.

b) Die kleineren gesellschaftlichen Einheiten dürfen nicht der Möglichkeit und der Mittel beraubt werden, alles zu leisten, wozu sie selbst imstande sind. Deswegen müssen die größeren gesellschaftlichen Einheiten ihre Zuständigkeit auf diejenigen Tätigkeitsbereiche beschränken, welche die Kräfte der kleineren Einheiten übersteigen.

c) Jede größere gesellschaftliche Einheit, vor allem der Staat, muss die hierarchische Ordnung der verschiedenen gesellschaftlichen Organisationsformen respektieren und den kleineren Einheiten helfen, die Aufgaben, zu denen sie imstande sind, besser zu vollziehen<sup>6</sup>.

Auf alle Fälle ist das Subsidiaritätsprinzip ein Begriff der Gesellschaftsphilosophie, der in verschiedenen Strängen der Ideengeschichte wurzelt. Zum einen setzt er die hierarchische Ordnung der Gesellschaftseinheiten voraus und in dieser Beziehung wurzelt er im politischen Denken der Antike; zum andern betont er die Rechte des Einzelmenschen. Diese Hervorhebung der Rolle des Einzelmenschen stammt aus der Gesellschaftsphilosophie der Neuzeit. Deswegen erkennen einige Autoren in der Formulierung des Subsidiaritätsprinzips die Synthese der aus der Scholastik herkommenden Kategorien des organischen Denkens und jener der modernen Staatstheorie<sup>7</sup>. Natürlich ist es noch auf keinem anderen Sektor des intellektuellen Lebens zu einer dauernden Synthese der beiden Denkstränge gekommen. Kein Wunder also, dass die mit dem Subsidiaritätsprinzip zusammenhängenden theoretischen Formulierungen heute nicht mehr das gleiche Gewicht haben wie vor fünfzig Jahren. Zum Beispiel legt das II. Vatikanische Konzil die neuscholastische Naturrechtstheorie nicht im Einzelnen dar, spricht aber reichlich von den Rechten der menschlichen Person<sup>8</sup>, vor allem in der Erklärung *Dignitatis humanae* und in der

---

*Die Bischofskonferenz. Theologischer und juridischer Status*, hrsg. von H. Müller und H. J. Pottmeyer, Düsseldorf 1989, 134-155, besonders: 150.

<sup>6</sup> PIUS XI., Enzyklika „Quadragesimo anno“ vom 15. Mai 1931, Nr. II, 5, in: AAS 23 (1931) 203.

<sup>7</sup> Vgl. z. B. J. ISENSEE, *Subsidiaritätsprinzip und Verfassungsrecht*, Berlin 1968, 25; F. X. KAUFMANN, *El principio de subsidiariedad* (Anm. 5), 344; DERS., *Die Bischofskonferenz* (Anm. 5), 150.

<sup>8</sup> Vgl. F. X. KAUFMANN, *El principio de subsidiariedad* (Anm. 5), 344.

Pastoralkonstitution *Gaudium et spes*<sup>9</sup>. Die große geschichtliche Bedeutung des Subsidiaritätsprinzips liegt, wie Franz Xaver Kaufmann sagt, nicht in seiner Anwendung auf Einzelfälle, sondern mehr in seiner kritischen Rolle gegenüber den großen individualistischen und kollektivistischen Ideologien der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts<sup>10</sup>.

Drei Päpste – Pius XII. und Paul VI. ausdrücklich und Johannes XXIII. implizit – haben von der Subsidiarität als einem Prinzip gesprochen, das unter bestimmten Bedingungen auch innerhalb der Kirche gelte. In seiner Ansprache vom 20. Februar 1946 an die neuernannten Kardinäle erläuterte Papst Pius XII. die Aufgabe der Kirche, den Menschen in seiner Würde als Person und Gotteskind seinem natürlichen und übernatürlichen Wesen nach heranzubilden und zu fördern, und sagte, das Subsidiaritätsprinzip, das Pius XI. in der Enzyklika *Quadragesimo anno* formuliert habe, gelte auf jeder Ebene des gesellschaftlichen Lebens und sogar – „in Respektierung der hierarchischen Struktur“ – auch im Leben der Kirche<sup>11</sup>. Auf dem Zweiten Weltkongress über die apostolische Tätigkeit der Laien am 5. Oktober 1957 sagte Pius XII., die kirchlichen Autoritäten müssten in konsequenter Anwendung des Subsidiaritätsprinzips den Laien die Aufgaben anvertrauen, die sie auf dem Gebiet des mit dem wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Leben zusammenhängenden Apostolats ebenso gut erfüllen könnten wie die Priester<sup>12</sup>. Als entscheidende Richtlinie bestimmt der Papst, dass die Laien diese Tätigkeit innerhalb der Grenzen ihrer Funktion und dem öffentlichen Wohl der Kirche entsprechend ausüben<sup>13</sup>.

Papst Johannes XXIII. spricht zwar vom Subsidiaritätsprinzip in dem von Pius XI. gemeinten Sinn nicht ausführlich, bezeichnet aber, in Bezug auf das innere Leben der Kirche, es als ein historisches Faktum, dass die Kirche ihren Gläubigen und den in ihr tätigen Organismen die vernünftige Bewegungsfreiheit zugestehe, die auch in den menschlichen

---

<sup>9</sup> Vgl. X. OCHOA, *Index verborum cum documentis Concilii Vaticani secundi*, Roma 1967, 275.

<sup>10</sup> F. X. KAUFMANN, *El principio de subsidiariedad* (Anm. 5), 344.

<sup>11</sup> AAS 38 (1946) 144 f.; vgl. J. A. KOMONCHAK, *La subsidiariedad en la Iglesia. Estado de la cuestión*, in: *Naturaleza y futuro de las conferencias episcopales* (Anm. 5), 367-424, 372-374.

<sup>12</sup> AAS 49 (1957) 927.

<sup>13</sup> Ebd.

Gesellschaften zu reicher Entfaltung von Energien und Initiativen führe. Diese Freiheit werde nur durch die von Gott gestiftete hierarchische Autorität und das Prinzip der kirchlichen Disziplin begrenzt<sup>14</sup>.

In seiner Ansprache bei der feierlichen Eröffnung der Bischofssynode im Herbst 1969 ging Paul VI. in Bezug auf die innerkirchliche Kollegialität besonders klar auf das Subsidiaritätsprinzip ein. Er sagte, dieses Prinzip sei in der Kirche in weiser und demütiger Zurückhaltung anzuwenden, damit das Gemeinwohl nicht Schaden leide unter den vielfältigen Sonderautonomien, die „der Einheit und Liebe schaden“. Er fügte auch hinzu, dass die Leitung der Kirche sich nicht an die Regeln der heutigen weltlichen Systeme mit ihren zuweilen übertriebenen demokratischen Institutionen zu halten habe und auch nicht an die der Menschenwürde widersprechenden totalitären Formen, denn die Leitung der Kirche weise ein eigenes Gesicht auf, das beständig den Willen ihres göttlichen Stifters widerspiegeln solle<sup>15</sup>.

Neben der theoretischen Anerkennung der Subsidiarität in dem innerhalb der Kirche geltenden klassischen Sinn und der Betonung ihrer Grenzen, findet sich in der päpstlichen Lehre in der jüngsten Zeit eine andere Tendenz, die den in besonderen theologischen Situationen umgekehrt verlaufenden Sinn des Prinzips der Subsidiarität („subsidium“) zu bestimmen und zu ermitteln beginnt. In seiner Ansprache an die römische Katholische Aktion hatte schon Johannes XXIII. am 10. Januar 1960 erklärt, dass die Laien an der Seite des apostolischen Wirkens der Hierarchie eine subsidiäre Aufgabe leisten, ihr beistehen und das, was die hierarchische Tätigkeit nicht zu leisten vermag, ersetzen<sup>16</sup>. In der Kirche gibt es also Tätigkeiten, von denen man nicht, dem Schema einer pyramidenförmig aufgebauten gesellschaftlichen Hierarchie entsprechend, sagen kann: Wenn die „untere“ Ebene sie nicht zu vollziehen vermag, muss eine „obere“ Ebene „Hilfe“ leisten. Vielmehr scheint bei der

---

<sup>14</sup> JOHANNES XXIII., Alloc. ad CELAM vom 15. November 1958, in: *Discorsi, Messaggi e Colloqui del Santo Padre Giovanni XXIII*, Città del Vaticano 1963, I, 23; vgl. J. A. KOMONCHAK, *La subsidiariedad* (Anm. 11), 379.

<sup>15</sup> AAS 51 (1969) 719 f.

<sup>16</sup> *Discorsi, Messaggi e Colloqui del Santo Padre Giovanni XXIII* (Anm. 14), zitiert bei: J. A. KOMONCHAK, *La subsidiariedad* (Anm. 11), 380.

Bestimmung der Aufgaben der sakramentale Auftrag am wichtigsten zu sein<sup>17</sup>. In dieser Linie liegt die Aussage Johannes Pauls II. in seiner Ansprache an die Römische Kurie vom 28. Juni 1980<sup>18</sup>. Der Papst vertritt darin die Ansicht, dass die Kirche aufgrund des Subsidiaritätsprinzips den Theologen eine ergänzende Verantwortlichkeit anvertraue. Nach dem Kontext der Ansprache bezieht sich das höchstwahrscheinlich auf die Mithilfe der Theologen bei der Lehrtätigkeit des Bischofs, was einen weiteren Hinweis auf die primäre Rolle der im Sakrament zugewiesenen Aufgabe zu bilden scheint.

Gemäß den von der Bischofssynode von 1967 angenommenen und vom Papst gutgeheißenen Grundsätzen, die als Richtlinien für die Reform des Codex des kanonischen Rechts aufgestellt wurden, sollte das Subsidiaritätsprinzip auch von der Kommission zur Revision des Codex angewandt werden<sup>19</sup>. Auf die Frage hin, wie das ermöglicht werden könne, versuchte man abzuklären, in welchen Bereichen der Kirche das Subsidiaritätsprinzip gelten könne. Unter den Teilnehmern der Bischofssynode von 1969 ging Carlo Colombo ausdrücklich auf das Thema ein. Die klassische Form der Subsidiarität könne vor allem im Gebiet der Disziplin und der Pastoral gelten, vor allem für die Beziehung zwischen den einzelnen Bischöfen und der höchsten Autorität in der Kirche; im Gebiet der Glaubens- und Sittenlehre aber lasse es sich nicht anwenden, weil hier die Bezüge ganz anders, ja gegensätzlich seien: Es gebe nur eine geoffenbarte Wahrheit und nur ein göttliches „Gesetz“, und diese würden von der Autorität des Lehramtes im Namen Christi der ganzen Kirche vorgelegt<sup>20</sup>. Diesbezüglich sei das gültige Argument die Lehre des II. Vatikanischen Konzils, wonach (*Christus Dominus* 8) die einzelnen Diözesanbischöfe über alle zur Leitung ihrer

---

<sup>17</sup> Vgl. z. B. P. ERDÖ - J. GARCIA MARTÍN, *La missione come principio organizzativo della Chiesa. Un aspetto particolare: la missione dei presbiteri e dei vescovi*, in: *Periodica* 84 (1995) 425-454.

<sup>18</sup> AAS 72 (1980) 658; vgl. J. A. KOMONCHAK, *La subsidiariedad* (Anm. 11), 399.

<sup>19</sup> PONTIFICIA COMMISSIO CIC RECOGNOSCENDO, *Principia quae Codicis Iuris Canonici recognitionem dirigant* 5, in: *Communicationes* 1 (1969) 81; vgl. *Christus Dominus* 8,1; H. SCHMITZ, *Reform des kirchlichen Gesetzbuches Codex Iuris Canonici 1963–1978* (Canonistica. Beiträge zum Kirchenrecht 1), Trier 1979, 20-22.

<sup>20</sup> Vgl. G. CAPRILE, *Il Sinodo dei Vescovi: Prima Assemblea Straordinaria*, Roma 1970, 127; J. A. KOMONCHAK, *La subsidiariedad en la Iglesia* (Anm. 11), 388 f.

Teilkirche notwendigen Vollmachten verfügen, außer in dem Fall, dass eines dieser Rechte von der höchsten Autorität der Kirche (sich oder anderen Organen) vorbehalten worden ist.

Doch diese Unterscheidung scheint sich nicht auf alle Ebenen des kirchlichen Lebens und bei allen Aufgabenverteilungen anwenden zu lassen. Es gibt nämlich auch im Bereich der Disziplin oder der Kirchenleitung im engen Sinn des Wortes Funktionen, die sich nicht aus den Erfordernissen der Leitung und der Ordnung der Teilkirche ableiten lassen, sondern die Kirche als ganze betreffen. Auf sie lässt sich – auch wenn sie nicht ins Gebiet der Lehre gehören – das Subsidiaritätsprinzip nicht ohne weitere Klärungen anwenden. Deswegen konnte Papst Paul VI. am Ende der Synode die Ansicht vertreten, dass die Anwendung dieses Prinzips in der Kirche eine weitere Abklärung der Lehre und Praxis erfordere. Subsidiarität sei nicht gleichbedeutend mit dem Anspruch auf Pluralität in Bezug auf die Grundlinien des Glaubens, des Sittengesetzes, der Sakramente, der Liturgie und der kanonischen Disziplin, denn in diesen Sektoren sei die für die Kirche notwendige Einheit streng zu bewahren.<sup>21</sup> Nicht nur auf dem Gebiet der Glaubenslehre lässt sich dieses Prinzip nicht ohne weitere Abklärungen anwenden, sondern auch im Bereich der Leitungstätigkeit und des heiligenden Wirkens der Kirche. Auf alle Fälle steht fest: In den Tätigkeiten, für die das Petrusamt (des Papstes) oder die sakramentale Weihe eine besondere Sendung mit sich bringt, kommt dem Papst und den geweihten Personen (Bischöfen, Priestern, Diakonen) ein Vorrang zu<sup>22</sup>, nicht kraft eines Privilegs, sondern weil dieses besondere sakramentale Geschenk oder petrinische Charisma für das Wohl der Kirche am wirkungsvollsten sein kann. Im Bereich der Aufgaben der geweihten Bischöfe und Priester gibt es aber auch Tätigkeiten, die von nicht geweihten Personen überhaupt nicht gültig ausgeübt werden können. Zu diesen Funktionen wird nämlich die Person erst durch die Aufnahme des Weihesakramentes befähigt.

Die Kirche ist eine Gesellschaft von besonderem Charakter, weswegen nicht wenige in Zweifel ziehen, dass sich ihre Natur mit dem Subsidiaritätsprinzip im engen Sinn verträgt. Bei

---

<sup>21</sup> AAS 51 (1969) 728 f.; vgl. J. A. KOMONCHAK, *La subsidiariedad en la Iglesia* (Anm. 11), 390.

<sup>22</sup> Vgl. P. ERDŐ, „*Sacra ministeria*“ e uffici ecclesiastici per eccellenza, in: *Ius in vita et missione Ecclesiae. Acta symposii internationalis Iuris canonici occurrente X anniversario promulgationis Codicis Iuris Canonici diebus 19-24 aprilis 1993 in Civitate Vaticana celebrati*, hrsg. vom Pontificium Consilium de Legum Textibus Interpretandis, Città del Vaticano 1994, 859 f.



der außerordentlichen Bischofssynode von 1985 anlässlich des zwanzigsten Jahrestages des Abschlusses des II. Vatikanischen Konzils wurde dieses Problem außerordentlich klar zur Sprache gebracht. Kardinal Jérôme Hamer bekräftigte bei diesem Anlass, dass die Subsidiarität nicht ein theologisches Prinzip sei und dass sich ihr genauer Inhalt nicht allein auf die Zentralisierung oder Dezentralisierung einzelner Funktionen beziehe. Er hielt es für richtiger, sich auf die Autonomie der Teilkirchen zu beziehen. Falls das Subsidiaritätsprinzip falsch verstanden oder angewendet würde, könnte das nämlich in der Kirche die Gefahr herbeiführen, dass sich Nationalkirchen bilden oder dass die Autonomie der Teilkirchen in Opposition zum Petrusamt falsch interpretiert wird<sup>23</sup>.

Wegen seines geschichtlichen Ursprungs und der Bedeutung, die ihm in päpstlichen Ansprachen beigelegt wird, erinnert der Begriff an die Idee der Volkssouveränität und zieht er die Grenzen der Zuständigkeit des Staates, auch wenn er andererseits dessen Verantwortlichkeit in Situationen betont, in denen die Bürger nicht imstande sind, sie selbständig zu bewältigen. Die Anwendung dieses Prinzips in der Kirche brächte also nach Ansicht vieler nicht nur die Grundstruktur der Kirche in Gefahr, sondern würde zu einem Hindernis für die Verwirklichung der theologischen Eigenart, wonach die Gesamtkirche sich in den Teilkirchen als in den Bildern der Gesamtkirche findet. Auch könnte die Anwendung des Prinzips in Widerspruch zur Bestimmung der Rollen und Dienste geraten, die der Herr selbst für die Kirche vorgesehen hat<sup>24</sup>.

In der Einsicht, dass diese kritischen Urteile berechtigt sind, müssen wir besondere konkrete Formen der Subsidiarität in der Kirche ausfindig machen. Unter diesen verdient insbesondere diejenige im Bereich der öffentlichen kirchlichen Funktionen Aufmerksamkeit. Auf diesem Sektor können wir nämlich in Bezug auf einige Funktionen nicht im Sinn eines allgemeinen Prinzips ähnlich dem der Volkssouveränität, sondern nur in besonderem, begrenztem Sinn von Subsidiarität einfachhin sprechen, in Bezug auf andere Funktionen von Subsidiarität in der umgekehrten Richtung.

---

<sup>23</sup> Synode extraordinaire. *Célébration du Vatican II*, Paris 1986, 602; J. BEYER, *Principe de subsidiarité ou « juste autonomie » dans l'Église*, in: *Nouvelle Revue Théologique* 108 (1986) 801–822.

<sup>24</sup> Vgl. J. BEYER, ebd., 821 f.

Innerhalb des vielgestaltigen Auftrags, den die Gläubigen in der Taufe (und in der Firmung) erhalten, scheint die klassische Form des Subsidiaritätsprinzips zu gelten. Das würde besagen, dass der positive, dauernde rechtliche Ausschluss aus den Betätigungen, zu denen sie durch die Taufe beauftragt sind, der theologischen Grundstruktur der Kirche widerspricht.

Doch gibt es viele Aspekte des Auftrags der Kirche, in denen Geweihte besondere Pflichten und Charismen zum Vollzug von Aufgaben haben, welche die kirchliche Autorität nötigenfalls auch Laien anvertrauen kann. Bei diesen Tätigkeiten gilt die Subsidiarität im umgekehrten Sinn: Die Laien können sie nur mangels geweihter Personen vollziehen, indem sie diese ersetzen<sup>25</sup>.

Eine dritte Gruppe der kirchlichen Funktionen stellen die Tätigkeiten dar, die nur von geweihten Personen gültig ausgeübt werden können. In diesem Bereich ist das Prinzip der Subsidiarität in gar keinem Sinn anwendbar.

Aufgrund unserer Darlegungen müssen wir feststellen, dass die Fragen, welche die universale und partikulare Dimension der Kirche, die Tätigkeit der Kirche und die Beziehungen zwischen ihren Gliedern betreffen, letztlich nicht gleichsam aufgrund eines maßgebenden Leitgedankens gemäß dem Subsidiaritätsprinzip oder entsprechend einem anderen politischen, soziologischen oder philosophischen Prinzip zu lösen sind, beispielsweise nach dem der Zentralisierung oder Dezentralisierung der Macht oder nach der Theorie der „Grundrechte“<sup>26</sup>. Es käme sonst zu einem schlimmen methodischen Fehler. Auf der Suche nach einer Lösung für diese Probleme müssen wir vielmehr von der theologischen Struktur der Kirche ausgehen im Blick auch auf ihre Aufgaben und ihr sakramentales und gemeinschaftliches Funktionieren. Zweifellos kann in gewisser Hinsicht die Anwendung von

---

<sup>25</sup> Vgl. P. ERDŐ, *A világiak munkája a plébánián. Teológiai és egyházzogi vonatkozások*, in: *Távlatok* 1213 (1993) 632-639; P. ERDŐ - J. GARCIA MARTÍN, *La missione come principio organizzativo* (Anm. 17), 425-454.

<sup>26</sup> <sup>1</sup> Vgl. E. CORECCO, *Dalla sussidiarità alla comunione*, in: *Rivista Internazionale di Teologia e Cultura: Communio* Nr. 127 (1993) 901-905; DERS., *Ius universale - Ius particolare*, in: *Ius in vita et missione Ecclesiae. Acta symposii internationalis iuris canonici occurrente X anniversario promulgationis Codicis Iuris Canonici diebus 19-24 aprilis 1993 in Civitate Vaticana celebrati*, hrsg. vom Pontificium Consilium de Legum Textibus Interpretandis, Città del Vaticano 1994, 561.

Kategorien, die jeweils dem zeitgenössischen gesellschaftlichen Denken angehören, begründet und berechtigt sein; ja sie ist manchmal unumgänglich. Die Anwendungsnorm aber ist das theologische Kriterium der (im Glauben und in der Praxis der Kirche lebendigen) apostolischen Überlieferung, die im organischen Funktionieren der Gemeinschaft stets wahrnehmbar ist.